

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich zweimal; am Sonnabend und am Montag Abends. — Bestellungen werden in der Expedition (Ketterhagergasse № 4) und auswärts bei allen Königl. Post-Anstalten angenommen.

# Danziger Zeitung.



Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr. Auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. — Inserate nehmen an: in Berlin: A. Retemeyer, Rud. Messe; in Leipzig: Eugen Fort, H. Engler; in Hamburg: Haasestein u. Vogler; in Frankfurt a. M.: Jäger'sche Buchhandl.; in Elbing: Neumann-Hartmann's Buchhandl.

## Amtliche Nachrichten.

Se. Majestät der König haben Allernächste geruht: Dem Obersten z. D. Körb von Jaski, dem Obersitzeutant z. D. Baron v. Uslar-Gleichen und dem Major z. D. v. Klitzing den Röthen Adler-Orden 4. Cl. zu verleihen; den Stadt- und Kreisrichter Everth in Magdeburg und den Kreisrichter Koch in Goldberg zu Räthen bei dem Stadt- und Kreisgericht zu Magdeburg zu ernennen; sowie dem Eisenbahnbaumeister Nohlke zu Münster bei seiner Versetzung in den Ruhestand den Charakter als Baurath zu verleihen.

## Telegraphische Depesche der Danziger Zeitung.

Angelommen 1½ Uhr Nachmittags.

Wien, 8. April. Die heutigen Morgenblätter melden den bevorstehenden Erlass des Kriegsministers, betreffend weitere Reduzierung des Truppenstandes und Verschiebung der diesjährigen Aushebung bis zum Herbst, zur Erzielung weiterer Ersparnisse im Armee-Budget. — Die „Presse“theilt mit, daß der französische Botschafter de Gramont nach seiner Rückkehr von Paris sich äußerst zuversichtlich in Bezug auf Erhaltung des Friedens ausgesprochen habe.

## Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Darmstadt, 7. April. Die erste Kammer hat die Buzierung der Mitglieder des großherzoglichen Hauses zur Einkommensteuer, insoweit die Einkünfte nicht aus dem der Staatsklasse entfließenden Diensteinkommen herrühren, verworfen. Die Heranziehung der Aktiengesellschaften zu derselben Steuer wurde gleichfalls abgelehnt.

Brüssel, 7. April. „Indépendance belge“ erklärt die Behauptung des Pariser „Avenir national“, wonach zwischen der holländischen und preußischen Regierung ein Notenaustausch betreffs Luxemburgs stattgefunden habe, für unbegründet. (W. T.)

Haag, 7. April. Die erste Kammer hat den vor der Abgeordnetenkammer bereits genehmigten Gesetzentwurf, betreffend die Aufhebung der Zeitungs-Stempelsteuer, angenommen. (W. T.)

Paris, 7. April. Sicherem Vernehmen nach sind die Deputirtenwahlen nunmehr für den 23. Mai in Aussicht genommen. (W. T.)

Madrid, 7. April. Wie verlautet, ist in Folge der Weigerung des Königs Ferdinand, die spanische Krone anzunehmen, der Rücktritt Serrano's und Topete's wahrscheinlich. Die Errichtung eines Directoriums sei für diesen Fall ins Auge gefaßt. (W. T.)

## Der Twesden-Münster'sche Antrag.

Schon in dieser Woche wird der sogenannte Twesden-Münster'sche Antrag im Reichstag berathen werden. Der selbe verlangt bekanntlich „verantwortliche Bundesministerien, namentlich für auswärtige Angelegenheiten, Finanzen, Krieg, Marine, Handel- und Verkehrswesen.“ Freilich hört man außerhalb des Reichstags sogar von einzelnen Liberalen, die sich für besonders praktische Leute halten, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine solche Forderung nichts sei als „hohe Politik“, die hoch über der Wirklichkeit der Dinge schwebt; man wisse ja, vor Allem in Preußen selbst, aus einer bald zwanzigjährigen Erfahrung, daß eine verfassungsmäßig auf das Beste verbürgte Ministerverantwortlichkeit doch bloße Theorie bleibe, wenn der Volksvertretung die Macht fehlt, die Regierenden zu ihrer Verwirklung zu nötigen. Auch würde, trotz des Reichstags, jener Antrag voraussichtlich weder in dieser noch in den nächsten Sessjionen von dem Bundesrathe, d. h. von dem Grafen Bismarck, angenommen und zur Ausführung gebracht werden. Der Reichstag thäte daher besser, wenn er, statt sich selbst und seine Wähler durch so unfruchtbare Verhandlungen zu ermüden, lieber auf diejenigen Gebiete sich beschränkte, auf denen er, im Interesse der öffentlichen Wohlfahrt, wirklich etwas ausrichten kann. So möge er die Vorlagen, welche auf Verkehr, Handel, Gewerbe sich beziehen, nach Kräften verbessern und insbesondere möge er bei den Berathungen über das Budget nur die nothwendigen und offenbar nützlichen Ausgaben bewilligen, bei den neuen Steuervorlagen alles wirtschaftlich Schädliche unbedingt verwerfen und auch neue eigene Einnahmen des Bundes nicht etwa bewilligen, weil gegen die Quellen, aus der sie fließen sollen, theoretisch betrachtet, keine Bedenken obwalten. Vielmehr soll er vor der Bewilligung erst die Gewissheit sich verschaffen, daß mit ihrem Eintreten eine gleiche Summe von Steuern wegfällt, die zur Besteitung der Bundesbedürfnisse bisher von den einzelnen Staaten getragen sind.

Wir wünschen wahrlich nicht, daß irgend ein denkfähiger Mann jemals von fremden Auctoritäten blind sich leiten lasse. Aber es sollten doch solche Tadler des Twesden-Münster'schen Antrages zu einer nochmaligen Erwähnung schon durch den Umstand sich bestimmen lassen, daß derselbe von 98 Mitgliedern sämtlicher Fraktionen des Reichstags, mit einziger Ausnahme der äußersten Rechten, unterstützt worden ist. Sie sollten außerdem auch darauf achten, daß der Antrag gerade um eines sehr praktischen Zwecks willen gestellt ist, nämlich zum Zwecke „einer geordneten Aufsicht und Verwaltung“ der Bundesangelegenheiten. Richten wir unsere Aufmerksamkeit gerade auf diesen Punkt, so branchen wir zur Rechtfertigung des Antrages nicht einmal das Wesen und den Begriff der Ministerverantwortlichkeit zu erörtern. Denn wie man diese Verantwortlichkeit sich auch denken mag, immerhin steht sie ein Bundesministerium voraus, während jetzt sämtliche in dem Antrage aufgeführten Angelegenheiten von preußischen Ministern als solchen und nicht als Bundesministern verwalten werden, also von Ministern, die niemals auf Grund und aus Pflicht ihres ministeriellen Amtes, sondern nur als erwählte Abgeordnete oder auch als Mitglieder des Bundesraths oder als ernannte Bundes-Commissarien dem Reichstage Rede und Antwort zu geben in der

Lage wären. Hätte daher irgend einer von ihnen, oder hätten sie sämtlich eine solche Stellung außerhalb ihres ministeriellen Amtes nicht erhalten oder nicht angenommen, so würde der Reichstag gerade die allernothwendigsten Auflärunghen entweder gar nicht oder in meist ganz ungenügender Weise, nur aus dem Munde des mit den Specialitäten nicht vertrauten Bundeskanzlers oder untergeordneter Regierungs-Commissarien erhalten. Er würde mithin eine „geordnete Aufsicht“ gar nicht führen, und auf eine „geordnete Verwaltung“ nur in ganz unzureichender Weise einwirken können.

Nur ein einziges, aber auch, wie wir meinen, sehr gewichtiges Bedenken ist gegen die zu allgemein gehaltene Fassung des Twesden-Münster'schen Antrages zu erheben. Denn diese Fassung macht es den kleinstaatlichen Particularisten ziemlich bequem, statt der allein praktischen und allein die einheitliche Regierung des Norddeutschen Bundes garantirende Übertragung der Reichsministerien an dieselben Personen, welche die entsprechenden Aemter im preußischen Staate bekleiden, vielmehr zwei beständig concurreirende und zum schwersten Schaden der deutschen Einheit in der Regel zwiespältige Minister-Collegien einzurichten. Diesem Unheil muß natürlich durch eine andere Fassung vorgebeugt werden, selbst auf die Gefahr hin, daß die sonst sichere Majorität dadurch merklich geschwächt werden würde. Auch meinen wir, daß diese ganze Angelegenheit am besten bei Gelegenheit der Geldbewilligungen zum Antrage kommen wird. Denn mehr Geld, als die absolute Notwendigkeit erfordert, kann man verständiger Weise einer Regierung doch nur dann bewilligen, wenn die nötigen Garantien für eine geordnete Aufsicht und Verwaltung vorhanden sind. Am wenigsten aber wird die Majorität des Reichstages an die leeren Declamationen der offiziösen Blätter sich lassen, die es zwar als sehr vernünftig betrachten, wenn der Bundesrat die Beschlüsse des Reichstags ohne Weiteres bei Seite legt, es aber als ein höchst thörichtes Beginnen verurtheilen, wenn der Reichstag die Forderungen des Bundesrates unter Umständen nur bedingungsweise oder wohl gar nicht bewilligt.

\* Berlin, 7. April. [Aus dem Haushalt-Estat des Nordb. Bundes für 1870], der gestern zur Vertheilung gelangt ist, geben wir heute die wichtigsten Positionen. Der Etat wird in Einnahme und Ausgabe auf 75,958,495 R. festgestellt; unter den Ausgaben sind 4,206,389 R. einmalige und außerordentliche. Die Gesamtausgaben für 1870 zerfallen in 71,752,106 R. fortlaufende (gegen 1869 mehr 2,026,969 R.) und 4,206,309 R. einmalige und außerordentliche (gegen 1869 weniger 3,769,609 R.). Von den dauernden Ausgaben sind bestimmt: für die Militärverwaltung 66,699,765 R. oder 92,96%, die Marine 3,131,948 R. oder 4,36%, das Bundeskanzleramt 221,950 R. oder 0,31%, den Reichstag 20,563 R. oder 0,43%, die Bundesconsulate 335,450 R. oder 0,47%, zur Vergütung der Bundeschuld 450,000 R. oder 0,62%, und ferner neu auf den Etat gebracht für das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten 832,730 R. oder 1,1% und für den Rechnungshof 59,700 R. oder 0,09%. Die extraordinaire Ausgaben verteilen sich auf: das Bundeskanzler-Amt mit 178,057 R., das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten mit 30,000 R., die Bundesconsulate mit 9000 R., die Postverwaltung mit 32,073 R., die Telegraphenverwaltung mit 77,807 R., die Militärverwaltung mit 1,251,076 R., die Marinerverwaltung mit 2,628,376 R. — Die Gesamteinnahmen sind folgendermaßen veranschlagt: Überschüsse an Böllen und Verbrauchssteuern, einschließlich der Aversen für Gebiete, welche dem Zollverein nicht angegeschlossen sind 48,506,950 R. oder 63,7%, Überschüsse der Post- und Zeitungs-Verwaltung 264,371 R. oder 0,35%, Überschüsse der Telegraphenverwaltung 77,807 R. oder 0,10%, verschiedene Einnahmen, welche sich bei den einzelnen Ausgabeverwaltungen ergeben, 103,568 R. oder 0,12%, aus der Bundesanleihe 1,251,076 R. oder 1,05%. Der weitere Bedarf zur Deckung der Gesamtausgaben mit 25,754,723 R. oder 3,00% muß durch Beiträge der einzelnen Bundesstaaten nach Maßgabe ihrer Bevölkerung aufgebracht werden.

— [Die Zusammenberufung des Zollparlaments] ist, wie die „B. B. B.“ vernimmt, zur Zeit noch sehr fraglich. Sowohl sind bereits die Entwürfe zu einem neuen Zollgesetz und zu einer revidirten Zollordnung von der preußischen Regierung ausgearbeitet; doch erachtet man die Verhandlung und Beschlussfassung über diese Gesetzentwürfe keineswegs für so dringlich, um ihretwillen allein das Zollparlament zusammenzutreten zu lassen. Man hat daher selbst die Absicht, den Zoll-Bundesrat zum 20. April in Berlin zu versammeln, vorläufig aufgegeben. Zunächst will man die Verhandlungen des nord. Reichstags über die an denselben zu bringenden Steuervorlagen abwarten und zusehen, welche Stellung die Parteien dazu einnehmen. Sollte sich herausstellen, daß der Reichstag die Steuervorlagen ablehnt, so wird auch die Einberufung des Zollparlaments unterbleiben, da alsdann in diesem die Anträge auf Erhöhung der Tabaksteuer, des Tabakszolles und die Einführung des Petroleumzolles ebenfalls voraussichtlich abgelehnt werden würden. Einer solchen doppelten Niederlage will man sich nicht aussetzen.

— [In Betreff der Verordnung wegen Befreiung der Militärpersonen von den Communallasten] wird es zu einem Compromiß kommen, wonach die Besoldung frei von Communallasten bleibt, alles andere Vermögen aber zu diesen Lasten herangezogen werden werde. Auch in conservativen Kreisen wird das Vorgehen der Regierung nicht gutgeheißen.

(E. S.) — [Der Handelsminister] hat die Eisenbahn-Directionen aufgefordert, sich binnen drei Monaten gutachtlich über die Vorschläge zu äußern, welche zur Reform

des Eisenbahn-Betriebswesens von der betreffenden Commission des Abgeordnetenhauses gemacht worden sind. Dieselben bezwecken bekanntlich insbesondere Einführung des Eisenpfennigtarifs für verschiedene Klassen von Transportgegenständen, Ermäßigung des Tariffs für den Personen- und Güterverkehr, schärfere Feststellung der Haftpflicht der Eisenbahn-Verwaltungen und Ertheilung von Lade- und Nachnahmescheinen.

— [Marine.] Der bisherige Decernent für Ausrüstung und Hydrographie im Marine-Ministerium, Capitán z. S. Schröder ist zum Commandanten Sr. Maj. Schiff „Arcona“ ernannt worden und gedenkt schon in den nächsten Tagen an Bord zu gehen. Bekanntlich ist dieses Schiff für eine mehrjährige Expedition nach Japan bestimmt. — Die Unterlieutenant v. Lepehow, Lehn, v. Mössing, v. Bizewitz, Sebelin, Starke sind zu Lts. z. See befördert; v. Kralewitz, Capitán-Lieut., ist mit Pension und der Erlaubniß zum Tragen seiner bisherigen Uniform der Abschied bewilligt.

— [Die norddeutschen Festungen.] Gewisse Nachrichten über eine bereits getroffene Entscheidung in Betreff des Umbaus, resp. der Aufgabe einzelner Festungen — schreibt man der „B. f. N.“ — müssen als verfrüht erachtet werden. Dagegen verlautet, daß gewisse allgemeine Grundsätze hierfür als maßgebend aufgestellt worden sind, und werden für die hierbei in Betracht kommenden Hauptplätze die Hinausrückung der Umwallungslinie bis zu dem gegenwärtig von den dazwischen stehenden Forts gebildeten Umkreise, und die Anlage neuer, von den betreffenden festen Plätzen weiter entfernt gelegener Forts als einige dieser grundlegenden Punkte bezeichnet. Den einzelnen Festungsgemeinden würde es dann wahrscheinlich, nach dem von Frankreich bei dem Umbau von Lille, Mez und einigen anderen Festungen der französischen Ostgrenze gegebenen Beispiel überlassen bleiben, das so gewonnene Terrain zu erwerben, wogegen der durch diesen Verlauf erzielte Betrag bei der Ausführung der neuen Werke seine Verwendung finden dürfte. Ein definitiver Abschluß der Umwandlung des norddeutschen Festungswesens steht indeß bei der ungemeinen Schwierigkeit der vielen hierbei in Betracht kommenden Erörterungen keinesfalls sobald schon zu gewärtigen, wobei freilich eine Verzichtsleistung auf das Fortbestehen einzelner fester Plätze nicht ausgeschlossen sein würde, wie ja im Verlauf der letzten sechs Jahre bereits Jülich, Silberberg, Schweidnig und so eben Rendsburg schon aufgegeben worden sind. Jedenfalls wird sowohl der Umbau der vorhandenen, wie die etwaige Anlage neuer Festungen nur nach einem zuvor entworfenen Gesamtplan erfolgen. — Wie die „Magd. Btg.“ erfährt, sind in den letzten Tagen aus Berlin die erforderlichen Ordres an die Magdeburger Fortifikationsbehörde eingegangen, in Folge deren die Arbeiten zur Hinausrückung der Festungswerke sofort beginnen sollen.

\* [Gericht.] Es verlautet, daß die Regierung die Absicht habe, das preuß. Abgeordnetenhaus aufzulösen. Es werden die verschiedensten Gründe für diese Maßregel angeführt. Die Bestätigung der Nachricht bleibt abzuwarten.

— [Obertribunalsentscheidung.] Sowohl der rheinländische als auch der altländische Senat des Obertribunals haben entschieden, daß alle diejenigen Lebensversicherungs-Policen stampfrei sind, für welche weniger als 50 Thlr. an Jahresprämie zu zahlen ist.

— [Für die drei erledigten unbesoldeten Stadtrathstellen] im hiesigen Magistrat sind u. A. der frühere Justizminister v. Bernuth und der Ministerial-Director a. D. Freiherr v. d. Neck in Vorschlag gebracht worden.

Hannover, 6. April. [Gehindertes Fest.] Die Welfische Partei beabsichtigte den Geburtstag der Königin Marie, den 14. April, mit einem Feste im hiesigen Odeon zu feiern. Wie die „D. B. B.“ berichtet, hat das Polizeipräsidium dem Wirth des Odeons die Abhaltung des Festes in seinem Locale bei Androhung der Concessionsentziehung verboten. Der Wirth hat Beschwerde gegen diese Verfügung erhoben.

Frankfurt, 6. April. [Maischsteuer.] Unter dem Vorsitz des Reichstagsabg. v. Rabenau tagte gestern die Versammlung von Landwirten aus Hessen-Nassau, Hessen-Darmstadt, Frankfurt und den Rheinlanden; dieselbe war außerordentlich zahlreich besucht. Nach einer langen und eingehenden Verhandlung wurde die im Entwurf vorgelegte Petition genehmigt und unterzeichnet. Die Anträge der versammelten Landwirthe gehen dahin: 1. Der Reichstag wolle unter geneigter Berücksichtigung einer füher vom derselben Verfassung ergangenen Petition, betreffend die Einführung der Spiritusfabrikatssteuer die zu erwartende Gesetzesvorlage, soweit solche eine Erhöhung der Branntweinsteuer begründet, ablehnen; 2. der Reichstag wolle weiter beschließen, die Fabrikatssteuer in keinem höheren Grade zuzulassen als demjenigen, welche einer durchschnittlichen Ausbeute von mindestens 7½ p.C. pr. Maischraum entspricht, d. i. höchstens 1 Sgr. pro preuß. Quart Branntwein, 50 p.C. Trailes. (N. A. B.)

Gießen, 5. April. [Verhaftung.] 17 militärisch-pflichtige Leute, welche sich ihrer Pflicht durch die Auswanderung nach Amerika entziehen wollten, wurden am Sonnabend hier verhaftet und gleichzeitig ein Verfahren gegen die Auswanderer-Expedienten, bei welchen die Leute Contracte abgeschlossen hatten, eingeleitet. Die Verhafteten sind größtentheils aus den alten Provinzen. (S. f. N.)

Bremen, 4. April. [Französische Officiere] in Civiltracht, welche Hepzens, die Jade- und Weser-Einfahrt u. s. w. zu studiren schienen, sind, wie man den „B. N.“ schreibt, hier und im Oldenburgischen während der letzten Tage wiederholt gesehen worden. Sollte es im Interesse der Fortführung niedersächsischer Eisenbahnen geschehen sein?

Aus der Pfalz, 3. April. [Gegen die Confessions-Schulen.] Die in einzelnen Stadtgemeinden vollzogenen Abstimmungen über die Frage: ob daselbst Communall- oder Confessions-Schulen bestehen sollen, haben ganz überraschende

Erfolge zu Gunsten der ersten gehabt. Die Sache machte natürlich Aufsehen, und zwar dergestalt, daß sogar der Bischof von Spyer sich herbeiließ, in einem eigenen Hirtenbrüder diesen Abstimmungen als „unkirchlichen“ und „unchristlichen“ entgegnetreten. Plötzlich, wieder alles Erwartete, erschien ein Befehl der R. Regierungshörde, wodurch diese Abstimmungen eingestellt wurden. Im Hinblick auf die Erklärungen des Cultusminister v. Gresser, sowie des Landrats-Abschiedes von 1818, wodurch jene Abstimmungen als zulässig erklärt werden, war man bei uns auf den Grund dieser unerwarteten Maßregel sehr gespannt. Die Sache hat sich dem Vernehmen nach dahin aufgelöst, daß demnächst durch ein besonderes Regierungsrescript diese Abstimmungen geregelt werden sollen, um die Sicherheit und Richtigkeit derselben zu verbürgen.

**Österreich.** Jaroslau (Galizien), 2. April. [Die Excesse gegen die Juden.] Am Ostermontag Nachmittags wurden Juden auf öffentlichen Spaziergängen attackiert. Sie flüchteten in ihre Wohnungen. Um 8 Uhr Abends erscholl ein Hurrauf durch die Straßen, und bald darauf regnete es Steine in die Fenster jüdischer Wohnungen. Ein armer jüdischer Tagelöhner, der vom Abendgebete aus der Synagoge nach Hause ging, wurde blutig geschlagen und liegtrank darunter. Viele Juden erlitten leichte Verlebungen. Erst um 10 Uhr Nachts wurde der Hause durch eine starke Militär-Patrouille zerstreut. Tags darauf, d. i. am Ostermontag, erneuerte sich die Judenhege mit noch größerer Wuth. Rotten durchzogen, mit Knütteln und Stöcken bewaffnet, die Straßen, und zwangen die jüdischen Kaufleute, ihre Läden zu sperren. Meister, Gesellen, Lehrjungen, Hauswächter, kurz, das ganze Proletariat von Jaroslau, sowie viele Bauern aus den benachbarten Dörfern beteiligten sich an dieser Judenhege. So oft auch ein Hause vom Militär zerstört wurde, immer rotete sich das Geindel aufs neue zusammen. Im Laufe des ganzen Tages mußten die jüdischen Gewölbe geschlossen bleiben; fast in allen jüdischen Häusern waren die Thore verriegelt. Es gibt fast kein jüdisches Haus in der Stadt, welches nicht wenigstens einige zerbrochene Fensterscheiben aufzuweisen hat. Um 5 Uhr Nachmittags trofen Husaren ein, welche von einer zwei Meilen entfernten Ortschaft requirirt wurden, weil die hier stationirten zwei Compagnien Infanterie den Tumult zu dämpfen nicht im Stande waren. (M. fr. P.)

**England.** London, 5. April. Die guten Nachrichten über den Strike in Preston haben wieder ungünstige Berichten weichen müssen. Das Parlamentsmitglied Mr. Hermon, der Besitzer von 9 Baumwollspinnerei in Preston mit einigen 3000 Arbeitern, von welchem bisher geglaubt wurde, daß er die Lohnsätze nicht herabsetzen würde, hat nun mehr eine Reduction von 5% angekündigt. Auch in diesem Falle sind die Weber nicht abgeneigt, sich in das Unvermeidliche zu fügen; doch wird ihnen dies wenig nützen, infosofern die Spinner, von denen sie bei der Arbeit hauptsächlich abhängig sind, sich gegen jede Lohnkürzung ausgesprochen haben. Gegenwärtig haben die dem Gewerksverein angehörigen Weber in 9 Establissemets die Arbeit eingestellt, und beinahe sämmtliche Spinner in denselben haben sich der Bewegung angeschlossen. Einstweilen sind etwa 3000 Arbeiter mäßig, denen sich am nächsten Donnerstag — falls nicht noch in elfter Stunde eine glückliche Wendung eintritt — weitere 10,000 anschließen werden. Während dieser Woche wird abermals eine Abtheilung Spinner mit dem Dampfer „Manhattan“ von Liverpool nach den Vereinigten Staaten abreisen, und die Executive des Spinnervereins hat beschlossen, allwöchentlich eine Anzahl seiner Mitglieder nach Amerika zu befördern. In den Fabrikbezirken in der unmittelbaren Umgebung von Preston ist noch keine Lohnherabsetzung angekündigt. Die Arbeitgeber glauben, im Falle eines allgemeinen Strikes eine beträchtliche Anzahl Kräfte aus anderen Städten zu den herabgesetzten Löhnern heranziehen zu können.

**Frankreich.** Paris, 5. April. [Die Beamten. Die Festungswerke in Luxemburg.] Der Angriff, welchen Forcade de la Roquette vor einigen Tagen gegen die französischen Beamten machte, die er, in so fern es die Wahler betrifft, zu blinden Werkzeugen der Regierung herabwürdigen will, und besonders die Commentare, welche das „Pays“ dazu gegeben, haben die Betreffenden in große Aufregung versetzt. Die Worte, welche Forcade sprach, würden vielleicht unbemerkt vorübergegangen sein, aber die leichten Commentare, mit welchen Granier de Caffagnac dieselben begleitete, haben viel böses Blut gemacht, ja, ein Theil der pariser Beamten soll fest entschlossen sein, für die Oppositions-Candidaten zu stimmen. Uebrigens hat dies bisher schon mancher Beamte gethan, was in so fern natürlich ist, als viele derselben, die Unterbeamten ausgenommen, zum „intelligenten Frankreich“ gehören, auf welches das Kaiserreich sich bekanntlich nicht stützt. — Man hat endlich mit der Errichtung der luxemburgischen Festungswerke begonnen. Die Bastion Jost wurde nämlich in die Luft gesprengt. Die Wirkung der beiden Minen, welche man angelegt, war furchtbar. Die immensen Mauern zerrissen und stürzten nebst einer Unmasse von Erde in den Wallgraben hinab. (R. B.)

[Curiosum.] Wie beliebt Napoleon III. in Frankreich das allgemeine Wahlrecht gemacht hat, beweist eine beim gesetzgebenden Körper eingereichte Petition, welche verlangt, daß die Redactoren sämmtlicher Zeitungen nur durch das allgemeine Wahlrecht ernannt werden sollen.

— 6. April. [Gesetzgebender Körper.] Garnier Pages belämpfte das System des bewaffneten Friedens, welches Frankreich allein mehr koste, als Norddeutschland und Österreich zusammen. Der Finanzminister Magne sagte dagegen, die Finanzlage Frankreichs sei gut, und wenn man vorsichtig sei, so werde man einen bewaffneten Frieden dem Beginn eines Krieges vorziehen. Darauf wurde die Generaldiscussion geschlossen. — „Patrie“ sagt, daß das Panzer-Geschwader des Mittelländischen Meeres in den ersten Tagen des Mai in See gehen werde, jedoch nur, um die reguläre Übungsfahrt vorzunehmen, so daß in dieser Anordnung keine außergewöhnliche Maßregel zu erblicken sei.

**Australien.** St. Petersburg, 3. April. [Studenten-Unruhen.] Der vom Kriegsminister vor einigen Tagen angeordneten Schließung der medico-chirurgischen Akademie ist die Einstellung der Vorlesungen an der hiesigen Universität auf dem Fuße gefolgt. Die Studenten beider Anstalten hatten sich mit den Schülern des technologischen Instituts verbündet, die Begründung einer gemeinsamen Kasse und die Erlaubnis zu allgemeinen Versammlungen in den Auditorien zu ertragen. Im technologischen Institut ist es zu einer Schließung der Vorlesungen bis jetzt nicht gekommen, da der Director sofort nach Ausbruch der ersten Ordnungsstörungen, die Polizei requirte, die Räderführer verhafteten und die von diesen aufgesetzte Petition confiszierten ließ. Es hat sich herausgestellt, daß die Agitation förmlich organisiert war und sich auch auf die in der Nähe der Stadt belegene landwirtschaftliche Akademie erstreckte; indessen sind die Unruhestifter unter den Böglings der genannten Anstalten allenfalls in der Minorität geblieben. Heute früh wurden mit der Stadtpost Proklamationen versandt, in denen die

jungen Leute das Publikum auffordern, ihre Forderungen zu unterstützen und von der Obrigkeit die Erlaubnis zu studentischen Versammlungen und zur Begründung einer allgemeinen Kasse zu ertragen. Die „Welt“ hat den Wortlaut dieser Proklamationen abgedruckt, wie es scheint, um zu beweisen, daß der sog. nihilismus unter unserer Jugend noch immer sein Wesen treibt. (Krzg.)

**Spanien.** [Die religiöse Frage. Civilstandsregister.] Da der Verfassungsentwurf nicht gewagt hat, die religiöse Frage in dem Sinne der vorgeschrittenen Parteien zu lösen, war man kaum darauf vorbereitet, von den Bänken der Regierung die Erklärung zu hören, daß sie mit der Absicht umgehe, die bürgerliche Eheschließung einzuführen. Romero Giron brachte einen Gesetzesvorschlag zur Einführung von Civilstandsregistern ein, in welche Geburten, Heirathen und Sterbefälle vom Bürgermeister oder seinen Stellvertretern eingetragen werden sollen, und denen allein eine gesetzliche Beweiskraft zuzusprechen sei; am 1. Januar 1870 sollen diese Register in allen Gemeinden Spaniens eingeführt werden. Der Justiz-Minister Romero Ortiz schloß sich den Ausführungen Giron's in allen Punkten an; hatte auch nichts dagegen, daß die Vorlage dem Gesetzgebungs-Ausschusse überwiesen werde. Doch bat er, daß letzterer seine Entscheidung ausschiebe; denn er selbst, der Minister, werde vor Ablauf eines Monats den ersten Abschnitt des neuen Gesetzbuches vorlegen, in welchem alle von dem Vorredner aufgestellten Forderungen verkörpern würden; und er versprach, wenn er so lange im Amt bleiben sollte, daß das Civilstandsregister am kommenden 1. Januar in Wirklichkeit treten werde. Von den 171 Abwesenden stimmten 148 für und nur 13 gegen die Überweisung der Vorlage an den Ausschus. Diese kleine Zahl bestand aus den Neokatholiken, welche noch in die Cortes hineingeschlüpft sind. Die Unglückszahl rechtfertigte die Wirkung, die abergläubische Leute ihr beilegen; denn einer von den Dreizehn wurde am folgenden Tage vom Justizminister abgeschlachtet, wenn auch nur mit einem guten Witz. Es war Ortiz de Barata, welcher die am Tage vorher erlittene Scharie auszuweichen versuchte, indem er den Justizminister aufforderte, die in Masse eingelaufenen Bittschriften für Bewahrung der „religiösen Einheit“, d. h. für das Verbot aller nichtkatholischen Bekennisse, den Cortes vorzulegen. Der Minister erklärte allerdings, dazu bereit zu sein; zugleich aber würde er die Gelegenheit benutzen, setzte er hinzu, die von den Juden in Amsterdam, Bordeaux und anderen Städten eingegangenen Bittschriften vorzulegen, deren Unterzeichner als Abkömmlinge spanischer Familien um die Erlaubnis ersuchen, nach Spanien zurückzukehren und ihren Gottesdienst dort ausüben zu dürfen.

**Rumänien.** Bukarest, 7. April. [Die Wahlen des zweiten Wahlcollegiums] sind ebenfalls zu Gunsten der Regierung ausgefallen. Beinahe sämmtliche Minister befinden sich unter den Gewählten. (W. T.)

Danzig, den 8. April.

\* [Über den Aufenthalt des Königs in Königsberg] während der Herbstübungen des ersten Armeecorps ist noch nichts bestimmt, dagegen für das Königsmanöver die Zeit vom 6. bis 13. Sept. d. J. festgesetzt. (R. B.)

\* Der hr. Oberpräsident v. Horn wird voraussichtlich im Monat Mai Westpreußen und unsere Stadt besuchen. In den nächsten Tagen wird hr. v. Horn den Regierungsbezirk Gumbinnen bereisen.

\* [Auswanderung.] Zwanzig mennonitische Familien, davon 3 aus dem Danziger und 17 aus dem Marienburger Werder, haben die nötigen Einleitungen zur Aufgabe ihres bisherigen Domicils getroffen und gedenken in den ersten Tagen des Juni d. J. gemeinsam die Reise nach dem südlichen Rußland anzutreten.

\* [Wahlen.] In der vorgestrigen geheimen Sitzung der Stadtverordneten wurden folgende Wahlen vollzogen: Gewählt wurden zum Vorsteher des 23. Stadtbezirks der Reischläger Herr J. A. Claassen, zum Stadt-V.-Mitgliede der 12. Armen-Commission der Stadtv. hr. G. Verenz, zum Schiedsmann für die Stadtbezirke 5 und 6 der Stadtv. hr. Kast, zu Bürgermeistern der Wohnungsteuer-Deputation hr. Kaufm. Seeger zu Langfuhr und hr. Dr. Hinze zu Neufahrwasser.

\* [Die hiesige Militair-Verwaltung] steht wegen des Anlaufs des Hauses Fischerthor Nr. 8 (Eigenthum der v. Französischen Exen) in Verhandlung. Es soll dort, falls der Kauf zu Stande kommt, das Militär-Casino eingerichtet werden.

\* [Schwurgericht.] Bei der am 12. d. unter dem Vorsitz des hrn. Kreisgerichts-Director Henius aus Garthaus beginnenden Schwurgerichts-Sitzung kommen folgende Anklagen zur Verhandlung: am 12. April wider den Schmiedegesellen Wilhelm Baiche aus Neufahrwasser wegen Straftäufes, Vertheidiger Rechtsanwalt Martini; am 13. wider a) den Handelsmann Hiller Frankenstein von hier wegen 2 Wechselschäden, Berth. Rechts-Anw. Koepell; b) den Arbeiter Carl Friedr. Wilh. Fentros gegen vorsätzliche Körperverletzung mit nachfolgendem Tode, Berth. Justiz-Rath Walter; am 14. a) gegen den Hofbesitzer Ephraim Gottlieb Ziemen aus Rostau, wegen wissenschaftlichen Meinides, Berth. Rechts-Anw. Lindner; b) die Arbeiter Friedr. Wilh. Groner, Ernst Heinrich Schulz, Ferdinand Jacob Bernatzki, Heinrich Alexander Müller wegen zwei schweren und zwei einfacher Diebstähle im zweiten resp. wiederholten Rückstufe, die Böttchermeister Friedrich Wilhelm Müller, Ludwig Tausch, Johann Eduard Meissner, Kaufmann Johann Gottfried Garbe, sämmtlich von hier, wegen Diebstahl. Berth.: Rechts-Anw. Betschorn und Lindner; am 15. gegen die Arbeiter Eduard Pawelczyk und Jacob Nagotski aus Neustadt wegen verdeckter Verleitung zum Meineide. Berth.: Justizr. Breitenbach; am 16. gegen die unverehelichte Susanna Amalie Schwarz von hier wegen wissenschaftlichen Meinides. Berth.: Gerichts-Asseffor Witte; am 17. gegen den Eigentümer Johann v. Parpart von hier, wegen wissenschaftlichen Meinides, verdeckter Verleitung zum Meineide und verdeckter Beutebestechung. Berth.: Justizr. Poschmann; am 19. gegen a) den früheren Getreidemäller Anastasius Frost; b) dessen geschiedene Ehefrau Auguste Wilhelmine Frost, geb. Hohenhaus, von hier, früher in Graudenz, wegen Vertrücks der Münzfälschung. Berth.: Justizr. Breitenbach und Poschmann; am 20. gegen den Arbeiter Alexander Zielinski von hier, wegen schweren Diebstahls im Rückstufe; Berth.: Justizr. Woelz. Außerdem sind noch einige andere Anklagen zu erwarten.

\* Dem jehigen Inhaber der Westerplatte ist es gelungen, für die diesjährige Bade-Saison den Mühldirector Friedr. Laade aus Preßden zu engagiren, der gewiß noch bei vielen Danzigern in gutem Andenken aus seinem dreijährigen Aufenthalt in den Jahren 1848—50 steht, wo derselbe stets vielbesuchte Konzerte gab. Derselbe beginnt mit den Concerten bereits am 1. Mai in Betschenthal und anderen Orten, auch wird derselbe außer den drei Concerttagen auf der Westerplatte noch an den andern Tagen der Woche täglich in den besuchtesten Vergnügungsorten concertiren.

\* [Feuer.] Im Laufe des geirten Tages wurde die Feuerwehr, nachdem sie bereits am Morgen in der Löpergasse thätig gewesen war, noch zweimal kurz hintereinander am Abende alarmirt. Es brannte nämlich bald nach 6 Uhr das Stroh, womit eine Keller Luke vor dem Hause Heiligegeistgasse 109 bedeckt war und was sich wahrscheinlich durch eine unvorsichtig fortgeworfene Zigarette entzündet hatte, sowie gegen 7 Uhr eine Partie abgeschnittenen Rohres und Schläses auf dem Holm in der Nähe

des dort stehenden Bulverhauses. In letzterem Falle ist das Feuer jedenfalls aus Wuthwillen angelegt worden und bedurfte es der ganzen Energie der Feuerwehrmannschaften, um dasselbe von jener gefährlichen Nachbarschaft fern zu halten.

Graudenz, 7. April. [Brüdenbau. K. Bank-Commandite.] Am Sonntage hat sich auf Anregung des Dr. Gallus hier ein Comité gebildet, welches unabhängig von der betr. städtischen Commission, das Projekt eines Brüdenbaus bei hiesiger Stadt fördern will. Das Comité gedenkt zunächst einen Brückengenieur befußt Untersuchung der örtlichen Verhältnisse hierher zu berufen. — Der Geschäftsumsatz der hiesigen K. Bankcommandite pro 1868 hat 19,758,500 Thaler betragen, der zu Thorn 24,968,200 Thlr.

Culm, 7. April. [Die Kämmererei bedürftig] unserer Stadt sind so weit herangewachsen, daß die städtischen Behörden pro 1869 175% der K. Steuern als Communal-Zuschlag beschlossen haben. Die K. Regierung hat die Bestätigung dieses Beschlusses verlangt und angeordnet, daß nur 150% der Staatssteuern zu erheben, das Fehlende aber durch Zuschlag zur Grund- und Gebäudesteuer aufzubringen sei. Die städtischen Behörden haben gegen die Verfügung der K. Regierung remonstriert. (G.)

+ Thorn, 7. April. [Petition. Commercielles Eisenbahnbau.] Die von Hrn. Steinbart entworfene Petition an den Reichstag, betreffend die Aufhebung der Maischsteuer, &c. (vergleiche No. 5378 d. Btg.) hat auch bei der hiesigen Geschäftswelt zahlreiche Unterschriften gefunden. Ende vorigen Monats ging bekanntlich von der hiesigen Handelskammer die Anregung aus, daß die Kaufleute und Gewerbetreibenden in den benachbarten Städten mit respectabelm Handelsverkehr tausmandische Vereine nach dem Muster des seit Jahren in Bromberg bestehenden gleichnamigen Vereins bilden, sich dem deutschen Handelstage anschließen und die Conferenzen derselben durch Deputierte beschildern möchten. Wie weit dieser zweckmäßige Vorschlag in jenen Städten, in Graudenz, Strasburg, Inowraclaw u. s. w. Anfang gefunden hat, — darüber sind der Handelskammer noch keine Mitteilungen zugegangen, wohl aber hat der Vorschlag der tausmandischen Vereine in Bromberg für opportum erachtet, indem derselbe der Handelskammer schreibt, er sei „von der Überzeugung durchdrungen, daß die geistige Entwicklung des Handels, der Industrie und des Ackerbaus in den östlichen Provinzen Preußens lediglich nur auf der Basis des Freihandels-Princips erfreut werden könne“, und sei er (der Verein) daher bereit, nicht allein dem deutschen Handelstage sich anzuschließen, sondern auch durch Absendung eines Deputierten zu den Conferenzen sein Interesse zu der Sache fand zu geben.“ Möge diesem Vorgehen recht zahlreich Folge gegeben werden. — Die freundliche, wenn auch immerhin noch kühle Witterung hat eine nicht unbedeutende Anzahl von Arbeitern (einige von ihnen hatten ihre Familien im Gefolge) in unsere Gegend geführt, um sich an dem Eisenbahnbau Thorn-Insterburg zu beschäftigen. Nachdem, was über den Bau der Eisenbahnbrücke verlautet, sollen in diesem Sommer nur die beiden Uerpfeiler in Angriff genommen und ausgeführt werden. Zur Ausführung der Strompfeiler werden erst die erforderlichen Maschinen beschafft. Eine Gesellschaft von Unternehmern, welche Einlieferungen zum Bau der Brücke übernommen hat und an deren Spitze der jetzt hier wohnende Bürgermeister Behrendt aus Stettin steht, hat von dort einen Dampfer herankommen lassen, welcher gestern seine erste Fahrt nach Polen zum Transport von dafelbst angekauften Steinen und anderen Baumaterialien gemacht hat.

\* [Werfun g.] Der Gymnasiallehrer Reichel zu Thorn ist als Oberlehrer an das Gymnasium zu Charlottenburg berufen worden.

Königsberg, 8. April. [Schiffsunfall.] Das mit einer Ladung Schienen von Dordrecht nach hier bestimmt Schiff „Christine Martha“ ist in See gefahren und die Mannschaft derselben durch das gleichfalls mit Schienen hierher bestimmt Schiff „Anje“ Kapitän Klein geborgen und in Dordrecht gelandet worden. (R. B.)

— [Bahnhofsleibstähle] von colossalem Umfang sind in Pillau entdeckt worden. Die ganze Umgegend soll dabei beteiligt sein. Die Hehlerschaft erstreckt sich bis Königsberg einer und bis weit in das Ermland andererseits hin. (Ostpr. B.)

— Den Tänzerpaar Spinzi-Holzer ist von der Sittenpolizei in Königsberg die Fortsetzung seiner unstilllichen Cancanen untersagt worden.

Ortelsburg, 5. April. [Städtische Verwaltung.] Unsere Stadtverordneten-Versammlung beschäftigte sich in den beiden letzten Sitzungen sehr eingehend mit der Beratung über die Lage der städtischen Verwaltung im Allgemeinen. Wie ernst dieselbe ist, darf wohl aus dem Beschlusse angenommen werden, wonach die Versammlung den Magistrats-Dirigenten zur Vermeidung größerer Unannehmlichkeiten auffordert, sein Amt freiwillig niederzulegen und sich wegen einer Pension mit der Versammlung zu vereinbaren. Unsere neue Feuerlöscherei ist, nachdem der Magistrat schließlich dagegen gewesen, sich auch vielleicht noch Zwischenräger gefunden haben, von der K. Regierung nicht genehmigt, obwohl dieselbe ausgeführt ist und der Stadt bedeutende Kosten erworben sind. Die weitere Verfolgung dieser Angelegenheit steht zu erwarten, zumal unsere Feuerlöschereien gegenwärtig einer Grundlage entbehren und wir so gut wie ohne solche Einrichtungen sind. (R. B.)

— [Verurtheilung.] Wegen der in voriger Woche in Gumbinnen vorgetretenen Excesse ist Montags bereits die erste Verurtheilung erfolgt. Ein Excedent, welcher mit mehreren andern Personen in eine Wohnung eingedrungen war und gesettelt hatte, erhielt 4 Wochen Gefängnis. Eine Menge gleicher Anklagen steht noch in nächster Zeit in Aussicht. (Ostpr. Btg.)

Ostrogo, 6. April. [Nothstand.] Unter Kreistag schiedt im Februar d. J. eine Deputation nach Gumbinnen und von da nach Berlin, zu dem Zwecke, Abhilfe für die täglich größer werdende Noth zu schaffen. Die Gumbinner Regierung wollte sich zu nichts verstehen, dagegen hat der Hilfsverein 10,000 Thlr. bewilligt, wovon auch bald darauf 1000 Thlr. eintrafen. Dieses Geld, das ohne Zufließung von Beamten lediglich durch Mitglieder des „landwirtschaftlichen Vereins“ zur Vertheilung kommt, wird sämmtlich zur Verbesserung der Vicinalwege des hiesigen Kreises verwandt. (Ostb.)

### Vermischtes.

Berlin. Ueber den Eisenbahnunfall, welcher in der Dienstag nach auf der Niederschlesisch-Märkischen Bahn sich ereignete, berichtet man folgendes Nähere: Derselbe hat bei der Bude No. 29, zwischen der Station Erkner und Hangelsberg, wo die Bahn durch die Haide führt, stattgefunden. Der gestern Abend 11 Uhr 5 Minuten von Berlin nach Breslau abgefahren Schnellzug fuhr an befahrener Stelle auf eine mutmaßlich durch ruchlose Hand auf der einen Seite des Bahngleisess der Länge lang, befestigte besondere Schiene und kam hierdurch aus dem Gleis. Die Lokomotive ward links zur Seite geschleudert und zwar so, daß der Tender grade vor das Triebrad zu stehen kam, auf welchen dann der Gepäckwagen auffiel, dem drei Personenwagen einer nach dem andern folgten. Die Lokomotive und einige Wagen sind arg beschädigt. Leider hat der Lokomotivführer Kieß hierbei seinen Tod gefunden und ist ganz zerstört worden, wogegen der Heizer unbeschädigt davon kam. Dem Zugführer Bohle wurden beide Beine zerquert, er befindet sich zur Zeit in Bethanien. Von den Passagieren des Zuges sollen nur einzelne leichte Contusionen davon getragen haben. Prinz Albrecht (Sohn), welcher sich im Zuge befand und nach Schloss Kamenz reiste, ist ebenfalls glücklich davongekommen. — Die Direction der Bahn hat eine Belohnung von 1000 Thalern auf Ermittlung des Thäters gelegt.

Berlin. [Der Tenorist Lederer] ist jetzt definitiv bei der Königl. Oper engagirt worden.

Posen. [Zum Anlauf von Maulwürfen] für die Forsten des seitigen Regierungsbezirks sind (in welcher Zeit?) gegen 150 Thlr. verausgabt worden. Mit denselben werden die Forsten zur Vertilgung des Ungeziefers beauftragt.

[Englisches Auswanderungsschiff.] Die New Yorker Handels-Zeitung schreibt: Ost, doch leider immer vergeblich, wurden Auswanderer vor Benutzung englischer Schiffe gewarnt. Ein trauriges Beispiel von der unmenschlichen Behandlung, welche Passagiere auf solchen Schiffen zu erleiden haben, bieten die Grausamkeiten, die auf dem furchtbar hier angelommenen Schiff "James Foster Jr." Capitan Armstrong, verübt wurden. Das Schiff traf am 7. März mit einer großen Anzahl Kanter an Bord, nachdem nicht weniger als 18 Todesfälle während der Reise vorgekommen, hier ein. Aus der sofort eingeleiteten Untersuchung ergiebt sich, daß die unmenschliche Behandlung der Passagiere seitens der Schiffsoffiziere und der Mannschaft so wie die unzureichende und schlechte Nahrung an diesem Unglück Schuld trägt.

[Drohung eines Spielers.] Im Brief-Auslagefester des Cafinos in Monaco befindet sich derzeit ein Brief mit der Adresse an Herrn Blanc, den Spielvächter. Darin wird dieselben rundweg erklärt, Briefsteller sei, da er durch Verluste an der Bank Weib und Kind ruinirt habe, fest entschlossen, Hrn. Blanc und Familie zu erdolchen, falls er nicht den Einsatz an der Roulette, der in dem letzten Winter 20 Francs betrug, auf 5 Francs herabminderne. Hrn. Blanc scheint die Sache ängstlich zu sein, er verspricht 2000 Francs demjenigen, der ihm den Absender des Briefes namhaft macht.

### Börsen-Depesche der Danziger Zeitung.

Berlin, 8. April. Aufgegeben 2 Uhr 15 Min.

Angekommen in Danzig 3½ Uhr.

	Letzter Crs.		Letzter Crs.
Weizen, April .	61½	61½	3½% ostdpr. Pfands.
Roggen sehr fest,			73½/s 73½/s
Regulierungspreis	52½	51½	3½% weißr. do.
Frühjahr . . .	52½	51½	71½/s 71½/s
Juli-August . . .	49½	49½	Lombarden 123½/s 125
Rüböl . . .	9½	9½/24	Bomb. Brise. - Ob. 229½/s 230/s
Spiritus fest,	15½	15½/24	Oest. Nation. Anl. 56½/s 56½/s
Frühjahr . . .	16½	16½	Oest. Banknoten 80½/s 80½/s
Juli-August . . .	102½/s	102½/s	Amerikaner . . . 88 88
5½ Br. Anleihe . . .	93½/s	93½/s	Ital. Rente 547/s 551/s
Staatschuldsh. . .	83½/s	83½/s	Danz. Brise. - Act. — 104
			Wechselcourse Lond. 6.23½/s 6.23½/s
			Fondsbörse: still.

Frankfurt a. M., 7. April. Effecten-Societät. Amerikaner 87½, Creditactien 292, 1860er Loose 82½, Staatsbahn 31½, Lombarden 218½, Silberrente 57. Schlüssel fest.

Wien, 7. April. Abend-Börse. Creditactien 294, 90, Staatsbahn 331, 00, 1860er Loose 103, 30, 1864er Loose 128, 40, Anglo-Austrian 321, 75, Franco-Austrian 158, 50, Galizier 218, 00, Lombarden 233, 00, Napoleonos 10, 05. Fest.

Hamburg, 7. April. [Getreidemarkt] Weizen und Roggen loco, ohne Kauflust. Weizen auf Termine ruhig, Roggen behauptet. Weizen vor April 5400 113 Dancather Br., 112½ Gb., vor April 113 Br., 112½ Gb., vor Juli-August 116½ Br., 116 Gb. Roggen vor April 5000 111 Br., 90 Gb., vor April-Mai 90 Br. und Gb., vor Juli-August 86 Br., 85 Gb. Hafer ohne Kauflust. Rüböl geschäftlos, loco 21½, vor Mai 21½, vor October 22. Spiritus flau, vor April 20½, vor September 22. Kaffee ruhig. Bink matt. Petroleum geschäftlos, loco 15, vor Juli-December 16½. — Trübes Wetter.

Bremen, 7. April. Petroleum, Standard white, ruhig, loco 6½ à 6½.

Amsterdam, 7. April. [Getreidemarkt] (Schlußbericht.) Weizen still. Roggen loco flau, vor Mai 194, vor October 186. Raps vor April 63½, vor October 67. Rüböl vor Mai 33½, vor Herbst 35. — Trübes Wetter.

London, 7. April. [Getreidemarkt] (Schlußbericht.) Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 1990, Gerste 3070, Hafer 5630 Quarters. Schwächer Marktbeobacht, völlig lebloses Geschäft. Weizen weichende Tendenzen, nur billiger anzubringen. Gerste träge. Hafer ruhig und unverändert. — Mildes Wetter.

London, 7. April. (Schluß-Course.) Consols 93½ 1% Spanier 31½. Italienische 5% Rente 55½. Lombarden 18½. Mexikaner 15. 5% Russen de 1822 86½. 5% Russen de 1862 86½. Silber 60½. Türkische Anleihe de 1865 41½. 8% rumänische Anleihe 88. 6% Vereinigte Staaten vor 1882 83½.

Leith, 7. April. [Cochrane Pateron & Co.] Fremde Zufuhren der Woche in Tons: 1716 Weizen, 275 Gerste, 5 Bohnen, 2 Erbsen, 2226 Säcke Mehl. — Weizen 2 s. niedriger, wenig Umsatz, Mehl 1½ pence billiger, andere Artikel theurer.

Liverpool, 7. April. (Von Springmann & Co.) [Baumwolle] 10,000 Ballen Umsatz. Middle Orleans 12½, middling Amerikanische 12½, fair Dholerah 10½, middling fair Dholerah 10½, good middling Dholerah 9½, fair Bengal 8½, Penang 12½, Smyrna 10½, Egyptische 13, Domra Märzverschiffung 10. Ruhig, unverändert.

(Schlußbericht.) Baumwolle: 10,000 Ballen Umsatz, davon für Speculation und Export 2000 Ballen. — Stetig. Preise unverändert.

Paris, 7. April. (Schluß-Course.) 3% Rente 70, 35-70, 22½-70, 25. Italienische 5% Rente 55, 55. Österreichische Staats-Eisenbahn-Aktionen 660, 00. Credit-Mobilier-Aktionen 270, 00. Lombardische Eisenbahn-Aktionen 470, 00. Lombardische Prioritäten 227, 37. 6% Vereinigte Staaten vor 1882 (unrestempelt) 94½. Tabakobligationen 421, 25. Tabaksaktionen 617, 50. Türken 41, 40. Consols von Mittags 1 Uhr waren 93½ gemeldet. — Matt. Große Eisenbahnen angeboten.

Paris, 7. April. Nach vor April 82, 25, vor Juli-August 85, 50, vor September-December 87, 25. Trübe vor April 52, 25, vor Juni 53, 25, vor Juli-August 54, 00 matt. Spiritus vor April 67, 50 fest. — Wetter unbeständig.

Petersburg, 7. April. Wechselcours auf London 3 Monat 31½-31½, auf Hamburg 3 Monat 28½-28½, auf Amsterdam 3 Monat 159½, auf Paris 3 Monat 331. 1864er Brämen-Anleihe 162½. 1866er Prämien-Anleihe 156. Gr. Russische Eisenbahn 125. Productenmarkt. Gelber Lichtlauf loco 52, vor August 51½. Roggen vor Mai 8½. Hafer vor Mai 5½. Hanf loco 38. Hanföl loco 4, vor Juni 3, 85.

Berliner Fondsbörse vom 7. April.

### Eisenbahn-Aktien.

Dividende pro 1867.	Br.
Uachen-Düsseldorf	—
Uachen-Maastricht	— 4 58½-38½ b3
Amsterdam-Rotterd.	5½ 4 94 b3
Bergisch-Märk. A.	7½ 4 128½ et b3
Berlin-Anhalt	13½ 4 182½ b3
Berlin-Hamburg	9½ 4 157½ b3
Berlin-Borsd.-Magdeb.	16 4 183 b3
Berlin-Stettin	8 4 131 et b3 u G
Böh. Westbahn	5 5 78 b3
Bresl.-Schweid.-Freib.	8 4 110 b3 u G
Brug.-Reisse	5½ 4 92 G
Edtb-Wilden	8½ 4 118½ G
Tosel-Oberberg (Wilb.)	4 4 103½ b3 u G
do. Stamm-Pr.	4½ 4 102 b3
do. do.	5 5 103 b3
Ludwigsh.-Bexbach	9½ 4 158½ b3 u G
Magdeburg-Halberstadt	13 4 131½-132½ b3
Magdeburg-Leipzig	18 4 192 b3
Mainz-Ludwigshafen	8½ 4 134 b3
Minden-Lüneburg	2½ 4 73½ b3
Niederösterl.-Märk.	4 4 88 b3
Niederösterl.-Kreisbahn	3½ 4 84 b3
Übersichts-Litt. A. u. C.	13½ 3½-17½ b3
do. Litt. B.	13½ 3½-160½ b3

Dividende pro 1867.

Oesterl.-Franz.-Staateb.

Oppeln-Tarnowik

Othr. Südbahn St.-Pr.

Rheinische

do. St. Prior.

Rhein-Nahebahn

Russ. Eisenbahn

Stargardt-Posen

Südböhm. Bahnen

Thüringer

&lt;p

